

Abonnementspreis viertel 4/3 RT., incl. Fringeporto 6 RT., durch die Post bezogen 6 RT. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Schülern für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 RT. mit Postbefreiung 45 RT. Jahrgang 50 Pf. Vierteljahr 30 Pf. Weitere Ergeben laut unseren Preisverzeichnisse. — Labelschriften auch nach anderen Tarif. Inserate unter dem Rubricationspreis die Spaltenzahl 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Abkatt wird nicht gegeben. Zahlung pro anno vorwärts oder durch Postnachschuß.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.
Zweckstunden der Redaction:
Mittwochs 10—12 Uhr.
Donnerstags 4—6 Uhr.
Für die Mittheilung einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.
Annahme der für die nächstfolgende Kammer bestimmten Anträge an Wochenenden bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonntagen und Festtagen früh bis 7/9 Uhr.
In den Büchern für Inf.-Anträge: Otto Neumann, Universitätsstr. 12, Bonst. Straße, Rathhausstr. 10, p. nur bis 7/8 Uhr.

Nr 137.

Mittwoch den 21. April 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der macadamisirten Fahrbahnen der verlängerten Baderischen Straße sowie der zwischen der Südstraße und der ersten gelegenen Tracte der Adner- und Schenkendorffstraße ist vergeben und werden die unbedingte geliebten Bewerber hiervon in Kenntniß gesetzt.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Dr. Mangemann.

Bekanntmachung.

Die Fahrstraße der Reichstraße zwischen dem Brühl und der Grimmaischen Straße soll mit kostlichen Steinen 1. Classe neu gepflastert und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen bei unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus II. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Begünstigte Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Pflasterung der Reichstraße betr.
versehen ebenfalls und zwar bis zum 29. April i. J. Rachmittags 8 Uhr einzureichen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Bülisch, Wf.

Bekanntmachung.

Wir wollen nicht unterlassen, auf die hierorts bestehende Bestimmung aufmerksam zu machen, wonach, wenn eine Familie mehr als drei Kinder zu gleicher Zeit zur Volksschule schickt, auf Ansuchen der Eltern oder deren Stellvertreter nur für die drei jüngsten Kinder Schulgeld erhoben werden soll.
Diese Bestimmung kann selbstverständlich dann keine Anwendung finden, wenn schon einem oder mehreren Kindern einer Familie freier Schulunterricht gewährt wird.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Sehnert.

Bekanntmachung.

Die Parkstraße wird der dort vorzunehmenden Pflasterungsarbeiten wegen auf der Strecke zwischen der Fleischergasse und der Kleinen Burggasse von Freitag den 23. d. M. an und auf der Strecke zwischen der Kleinen Burggasse und dem Flockplatz von Montag den 10. Mai d. J. an bis zur Fertigstellung des Pflasters für den Fahrverkehr gesperrt.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Sarrwig.

Die Krisis in Oesterreich.

Mit der Herrlichkeit des Ministeriums Taaffe geht es rasch zu Ende. Der Cabinetschef selbst erweist sich nur als eine Marionette, seine Person als ein nebensächliches Element in der schweren Krise, welche die Ablehnung des Dispositionsfonds über das Coalitionsministerium heraufbeschworen hat; um so ernster ist die Lage, denn es handelt sich heute in Wien um die Beantwortung der Frage: Wird die Rechte, oder werden die nach links stehenden Parteien die Erbschaft des Tiroler Grafen antreten? Die bisherigen Erfahrungen haben gelehrt, daß die Rechte in Oesterreich nur so lange eine staatsrechtliche Partei darstellt, als sie die Grundbedingungen des Staates unangestastet läßt, denn das Land bedarf der Ruhe und stabiler Verhältnisse, um seine Finanzkraft zu erhöhen und sich seiner politischen Mission im Südosten Europas gewachsen zu zeigen. Mit großer Schärfe wird dieser Standpunkt von der deutschen Presse des Kaiserthums festgehalten, denn, in der That, nur die deutsch-liberale Partei verbürgt Oesterreich die innere Ruhe und Festigkeit! Die Rechte bedeutet, so führt die „Neue Freie Presse“ aus, den Kampf, die Linke den Frieden; die Rechte strebt nach fortgesetzten Umwälzungen, die Linke, die jüngste Majorität, welche schon nach parlamentarischen Grundsätzen ein Anrecht auf die Regierung hat, nach Erhaltung. Die Rechte ist überhaupt keine Partei, welche den festen Untergrund eines Cabinets bilden könnte, während die Linke eine solche im wahren Sinne des Wortes ist. Von jenem Berg des äußersten Hügel angefangen, wo die ehrlichen und wohlmeinenden Vertreter des allgemeinen Stimmrechtes sitzen, wo die Fragen der sozialen Reform vielleicht noch wärmer erfaßt werden, als die politischen, bis hin zu jenen etwas unklaren Schwärzern, vor deren Augen die Farben ineinanderfließen, zieht sich eine Kette gemeinsamer Ueberzeugung und gleicher Grundsätze. Da giebt es nur, wie in allen Parteien der Welt, Unterschiede des Grades, aber nicht des Wesens, Differenzen, aber keine Gegensätze; die Linke hat ein Programm nach Außen und nach Innen. Sie will ehrlich und aufrichtig die Allianz mit dem Deutschen Reiche; sie will die Erhaltung der Verfassung, die Ordnung der Finanzen auf Grund genau bestimmter, von Allem einträchtig anerkannter Vor schläge; sie will Opfer bringen für die Solvenz des Staates; sie will wirtschaftliche Reformen, und sie bezieht auch Talente genug in allen ihren Schattierungen, welche, auf der Ministerbank vereint, das Vertrauen der Bevölkerung erwerben, im Geiste der Rührung und Besonnenheit vorgehen und ein Cabinet von Dauer, ja von Glanz bilden würden. Die Rechte dagegen? Uebers über die Frage der äußeren Politik, nur einzig in der Negation, in dem Hassen gegen das Deutschland jenseits und diesseits der Grenzen, in den Fragen der Freiheit durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt, die Eimen dem Reiche stets als jubringliche Bettler nahend, die Anderen reich genug, ihre nationale Glorie selbst zu bezahlen, die Eimen passive, die Anderen active Kinder vertretend — müßte da nicht die Staatsmaschine zum Stillstande kommen, wenn sie von solchen Händen geleitet würde?

rechtliche und nationale wie bei uns oder allgemein politische wie anderwärts sein: das parteibildende Element ist immer und allerwärts eine Idee, und Ideen können durch den mechanischen Druck der Regierungsgewalt weder entwürzelt, noch verändert, noch neu geschaffen werden. Das ganze Ausgebot österreichischer Renommis, mit der man die österreichischen Völker zu betäuben und zu verwirren versuchte, alle Phrasen von Vermittelung und Verschönerung, von Umbildung der staatsrechtlichen Parteien in politische, von Decomposition und Coalition haben diese Wahrheit nicht zu erschließen vermocht. Die Grundausfassung der beiden österreichischen Hauptparteien vom Staate und seiner Organisation ist eine verschiedene und gegensätzliche; die eine dieser Parteien basirt den Staat auf eine starke und einheitliche Centralgewalt, die andere ist der Centralgewalt feindselig gesinnt und all ihr Trachten ist darauf gerichtet, die Gewalt, sei es durch die Gesetzgebung, sei es durch die Verwaltung, in eine Anzahl kleiner Centren zu zerlegen und zu spalteln. Zwischen diesen Auffassungen hat jede Regierung in Oesterreich zu wählen; vereinigen lassen sie sich nicht, weil die eine die Negation der anderen ist. Ein Ministerium, welches gegen diese Gegensätze gleichgültig ist oder sich gleichgültig stellt, verweißt sie nicht, sondern wird zwischen denselben zerrieben, und das ist in diesem Augenblicke das Schicksal des Coalitionsministeriums!
Die staatsrechtlichen Thesen des Grafen Taaffe sind in das wesenlose Nichts zusammengeschrunzt, seine Veruche, die Nationalitäten zu veröhnen, zur Caricatur geworden und anstatt fruchtbringender Thätigkeit auf den Gesetzgebungsgebieten ist überall Stillstand und Erschlaffung eingetreten. Nur ein Wunsch befeuert heute die Deutschen in Oesterreich: Auflösung des Parlaments, um den Zuzug frischer Kräfte zu ermöglichen. Wohl ist noch ein schicklicherer Interventionsversuch gemacht worden, das Cabinet zu halten, um so jücker aber wird sein Sturz, um so verhängnisvoller die Katastrophe sein. Die Presse an der Donau erschöpft sich in der Aufzählung von Möglichkeiten, w a n n das Ende der Krisis herbeikommen, wann der Todesstampf des Coalitionsministeriums vollendet sein werde. Das Deutschtum in Oesterreich hat ein vitales Interesse daran; denn an ihm, an der Verfassungspartei wird es sein, mit Klugheit und Einigkeit hervorzutreten, wenn der erfahrene Wendepunkt da und die Stunde zum Handeln gekommen ist.
Ueber den Eindruck, welchen die österreichische Ministerkrise in Berlin hervorgerufen, wird uns von dort wie folgt geschrieben: „Wenn es sich bestätigen sollte, daß diejenigen Mitglieder des österreichischen Cabinets, welche aus der verfassungstreuen Minorität hervorgegangen sind, ihre Entlassung erbeten haben, so wäre damit ein so bedeutender Umschwung in den inneren Verhältnissen unseres befreundeten Nachbarreiches eingeleitet, daß eine Rückwirkung auf die auswärtigen Beziehungen zwar eventuell vermieden werden kann, dennoch aber im Bereich der Möglichkeit liegt. Man ist hier allerdings überzeugt, daß Baron Haymerle den besten Willen hat, sich auch von dem Einflusse eines „Nationalitätenministeriums“, in dem notwendig die tschechischen Heißsporne das Uebergewicht haben dürften, nach Kräften frei zu halten, ob er aber auf die Dauer eine deutschfreundliche Politik wird verfolgen können, wenn die Bestimmungsgenossen eines Kieger und Hausner die tschechische Regierung leiten, das ist eine Frage, die in Berliner politischen Kreisen vielfach besprochen wird, und deren bloßes Aufwerfen schon eine halbe Berneinung enthält. Freilich ist man andererseits nicht geneigt, die Kraft des Widerstandes zu überschätzen, welchen die slavischen Autonomisten-Parteien in Oesterreich und besonders im Reichsrath der Freundschaft mit Deutschland entgegensetzen. So wird uns authentisch berichtet, daß die samose Broschüre Hausner's, in welcher

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. April.
Zur Lage im Reichslande wird uns aus Berlin geschrieben: „So erfreulich auch die Sympathiebezeugungen sind, mit denen der Landesausschuß von Elsas-Lothringen beim Schluß seiner Session den Statthalter von Wanteuffel begrüßte, so kann man doch von Personen, die mit den dortigen Verhältnissen aus eigener Anschauung wohl vertraut sind, die Meinung äußern hören: „Etwas weniger wäre mehr gewesen.“ In der That soll Herr von Wanteuffel in dem Bestreben, die Gemüther in den wiedererworbenen Landesstellen für die neue Ordnung der Dinge zu gewinnen, dem offenen und verdeckten Ultramontanismus, welcher letzterer tiefer wirksam ist, als man gewöhnlich annimmt, mehr als nöthig Zugeständnisse gemacht haben. Der Statthalter kann sich einen wirklichen Einvernehmen mit den reichsländischen Vertretungskörpern rühmen; die Personen, welche ihm ihre Unterstützung leihen, sind aber nicht Freunde der deutschen Sache, sondern sie begrüßen die günstige Constellation, welche die Regierung zwingt, da Anhaltspunkte zu suchen, wo sie dieselben findet, mag ihr auch die Unterstützung der liberaleren Elemente im Lande und im Auslande lieber gewesen sein. Fürst Bismarck soll sich im Ganzen ziemlich kühl gegenüber dem Gang der Dinge in Elsas-Lothringen. Er hält einfach nicht viel von der Zustimmung, welche die Politik des Statthalters bei den Partisanen des Bischofs von Straßburg findet, und in seiner Umgebung macht sich die Meinung geltend, daß die Veranlassung derjenigen Elemente, mit denen der Feldmarschall von Wanteuffel gegenwärtig pactire, früher oder später zu einer großen Verlegenheit führen müsse, und daß alsdann die ehrlich liberalen Autonomisten, welche jetzt (in der Sache, wenn auch nicht dem äußeren Anscheine nach) zur Seite geschoben worden sind, wenig geneigt sein werden, ohne schwerwiegende Zugeständnisse die Reichsregierung zu unterstützen. Uebrigens ist nicht zu erwarten, daß die Reichstagsabgeordneten aus Elsas-Lothringen aus dem Schluß des Landesausschusses, dem die Reichen derselben angehören, Anlaß nehmen werden, zahlreicher als bisher im Reichstage zu erscheinen. Die noch resignirenden Vorlagen und Debatten sind relativ von zu untergeordneter Natur, als daß sie daran particularistische Stimmungen und zum Theil auch Verstimmung zur Theilnahme auslösen könnten. Bis hierher hatten sich nur die Abgg. Kablé (Straßburg) und Goldenberg (Haber) zu den Beratungen eingefunden; der erstere griff sogar einmal mit wenigen Bemerkungen in die Discussion ein. Daß beide bei den namentlichen Abstimmungen über das Militairgesetz mit „Rein“ votirten, bedarf wegen seiner Selbstverständlichkeit kaum der Erwähnung.“
Der Stellvertreter des Fürsten Hohenlohe hat sich bereits dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Pariser Nachrichten zufolge hat sich Geh. Leg. Rath v. Radowicz einer sehr sympathischen Aufnahme zu erfreuen.

dem er den Gesandtschaften in München und Paris zugetheilt gewesen, wurde er 1870 zum diplomatischen Agenten in Bukarest und 1871 zum Geschäftsträger in Konstantinopel ernannt. Der Scharfblick, den er bei der Beurtheilung der dortigen Verhältnisse und der orientalischen Frage überhaupt entwickelte, demog den Reichskanzler Fürsten Bismarck, ihm im Auswärtigen Amt das Decret für orientalische Angelegenheiten zu übertragen. Im Jahre 1874 wurde er zum Gesandten in Athen ernannt, eine Stelle, die er nominell auch noch heute bekleidet. Thatsächlich ist er nur wenige Male ganz vorübergehend in Athen gewesen und war stets beurlaubt, um im Auswärtigen Amt das oben angeordnete Decret zu verwalten. — Im Frühjahr 1875, als Fürst Gortschakoff die Franzosen zum ersten Male gegen Deutschland einnehmen suchte, betraute Fürst Bismarck Herrn v. Radowicz mit einer Special-Mission nach St. Petersburg; eine Aufgabe, die er mit Geschick löste. Während der jeden Sommer erfolgenden Beurlaubung des jetzt verstorbenen Herrn v. Bülow, des Staatssecretärs im Auswärtigen, vertrat er diesen in Gemeinschaft mit dem Geh. Rath Lotzar Buxer. Während des Berliner Congresses fungirte Herr v. Radowicz zugleich mit Dr. le Comte de Ronu aus Paris officiell als Secretair des Congresses.

Die römische Zeitschrift „Aurora“, das Organ des Vaticans, bringt einen Artikel aus Deutschland, der das Centrum verteidigt und in Betreff der Wiener Verhandlungen sagt, Fürst Bismarck als eminent praktischer Mann verfähre bei seinen Unterhandlungen immer nach dem Grundsatz, so, wie es die Umstände erfordern; dieser Grundsatz aber, wenn auch im übrigen wohl angebracht, sei nicht am Plage, wo es um Verhandlungen mit der Kirche und dem Stellvertreter Gottes gehe, dieser sei zu hoch für solche Praxis. „Immer die alten Vorbehalte und Selbsttäuschungen, daß die Kirche nur Rechte habe und sich auf vertragmäßige oder geistliche Verpflichtungen nicht einzulassen brauche!“

Den heutigen Leitartikel ergänzend, mögen hier noch einige Mittheilungen über die Ministerkrise in Wien Platz finden. Die bevorstehende Veränderung in der Regierung deutet auch ein officiöser Brief der „Bohemia“ an, welcher von einer Beurlaubung des Dr. von Stremaier spricht und hinzusetzt: „Auch will man in gewissen Kreisen den Urlaub nur als einen Vorläufer des definitiven Rücktrittes ansehen, wofür bisher allerdings noch keine bestimmten Anzeichen vorliegen; da aber in der nächsten Zeit die Regierungs-Verhältnisse abermals einer Umgestaltung entgegensehen, so kann man nicht sagen, daß eine solche Version an sich ganz grundlos sei, im Gegentheil wird ihr manches Moment der Wahrscheinlichkeit nicht abzusprechen sein.“ Nach einer anderen Version soll der Gesundheitszustand des Justizministers Stremaier zu ernsten Bedenken Anlaß geben. Derselbe leidet an einem gewissen Zustand und ist in Folge der unglücklichen Schmerzen, die mit demselben verbunden sind, wiederholt im Laufe des Tages genöthigt, sich Morphium-Injectionen appliciren zu lassen. Am Freitag nun soll, wie die „Deutsche Zig.“ erwähnt, Stremaier in Folge einer wesentlichen Steigerung seines Leidens selbst eine starke Injection ausgeführt haben und danach geraume Zeit im Zustande vollster Bewußtlosigkeit gelegen haben, aus dem er erst in später Abendstunde wieder erwachte. Ein Telegramm meldet uns noch:
Wien, 19. April. Der gestrige Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit laufenden Geschäften. Das „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ bezeichnet es als unrichtig, daß im Ministerrath irgend eine mit der parlamentarischen Lage zusammenhängende Entscheidung getroffen wurde; vor Erledigung des Budgets sei keinerlei Entscheidung in dieser Beziehung zu erwarten.

Die Neubildung des englischen Cabinets ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Nach telegraphischen Nachrichten findet am Mittwoch ein Cabinetrath statt. Es unterliegt aber kaum noch einem Zweifel, daß Gladstone die Bildung des Cabinets übernehmen wird. Die Verlegenheiten für die gemäßigten Mitglieder des liberalen Cab-